

Original: AY

Kopien: BRF JAC SRU NF KT CAF SFR IT GRN HO SIN SI  
 DY VSG BOD LA RIA CM RAE WI GH SUT WOK  
FMD KJ LTJ

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten!

TELEFAX fÜRS EDADeckblatt

Ort	Datum und Zeit	Priorität
		Normal Urgent Flash
Washington, den	7.2.1992	X

Anzahl Seiten, inkl. Deckblatt: 4

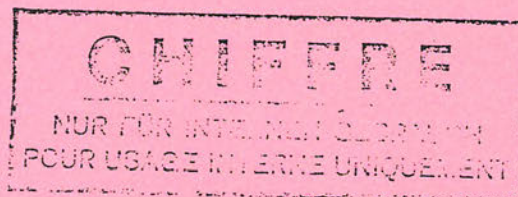
offen chiffriert

Klassifikation:

X

Ref.: NS (pb11.fax)

Nr.: 55

Empfänger und Text:

EDA - Politisches Sekretariat

Kopien bitte per Kurier weiterleiten nach:

- Schweiz. Botschaft, Beijing
- Schweiz. Generalkonsulat, Hongkong

P.B. 12/NS

Amerikanische Chinapolitik im Wahljahr 1992 - wird es zu einer Verhärtung kommen?

Gespräch S. Nellen mit Douglas H. Paal (P), Special Assistant to the President and Senior Director for Asian Affairs im National Security Council.

1. Am 31. Januar traf Präsident Bush den chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng in New York zu einem 20-minütigen Gespräch. Geplant waren 15 Minuten. Im Rahmen seiner Politik, den Dialog mit China aufrechtzuerhalten, entschied sich Präsident



2

Bush zu diesem Gespräch, welches ihm Gelegenheit gab, die amerikanischen Positionen auf höchstem Niveau darzulegen. Die USA hatten diesen Besucher nicht gewünscht, doch Li Peng hätte sich die vom britischen Premierminister dargebotene Gelegenheit dieser - nach amerikanischer Auffassung völlig unnötigen - Sicherheitsratssitzung auf höchstem Niveau nicht entgehen lassen, um sein Profil im Ausland etwas aufzupolieren. Hätte Bush diese Gelegenheit verpasst, wäre ihm dies sicher vorgeworfen worden, meinte P. Zur Schadeneindämmung wurde das Treffen im Glaspalast der UNO durchgeführt, also quasi auf neutralen Territorium.

2. Bush hielt sich vor den Journalisten an die bewährte Taktik der eisernen Miene, die Staatssekretär Baker bereits in Beijing mit Erfolg einsetzte. Die Chinesen hatten dies offensichtlich erwartet. Ein vorher nicht gemeldeter persönlicher "Leibwächter" Li Peng versuchte deshalb, im geschlossenen Kreis, beim Abschiednehmen, ein Ueberraschungsfoto zu schiessen, was die Amerikaner jedoch zu verhindern wussten. Zur Förderung des Vertrauensverhältnis wird dies kaum beitragen.

3. Als erstes wurden Menschenrechtsfragen besprochen. Die Gegensätze der Auffassungen wurden klar festgestellt. Zur Verbesserung des Klimas informierte Li Peng über die Freilassung von drei Priestern. Zweites Thema war die versprochene Unterzeichnung des Non-Proliferationsvertrages durch China. Li Peng wies auf Schwierigkeiten mit dem Volkskongress hin, was in den Augen der USA und in Kenntnis der herrschenden Machtverhältnisse in Beijing blanker Zynismus ist. Präsident Bush bekräftigte das in Beijing im November ausgehandelte Pressecommuniqué als Basis der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Nach Rückkehr in die USA hatte Staatssekretär Baker den Chinesen in einem Brief ausführlich dargelegt, was konkret die Richtlinien und Parameter des "Missile Technology Control Regime/MTCR" sind. Die Chinesen fühlen sich nun offensichtlich in die Enge getrieben und versuchen, diese so weit wie möglich zu interpretieren. Die Materie ist in der Tat komplex, insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem des "dual-use". Das stempelt die Chinesen bei jedem kleinsten Verdacht in der amerikanischen Presse bereits zu Missetäter. Die amerikanische Regierung - eher in der Rolle eines Staatsanwaltes - braucht aber harte Fakten, um im konkreten Fall den Chinesen die Verletzung ihrer Versprechen vorhalten zu können. Amerikanischerseits macht man sich aber keine Illusionen über die Vertrauenswürdigkeit der gegenwärtigen chinesischen Führung. Auf die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen soll mit aller Härte insistiert werden. Versprechungen Chinas im Bereiche der Non-Proliferation und der Missil-Technologie hätten sich, so P, in den letzten Jahrzehnten regelmässig als Lügen entpuppt.

4. Drei Elemente werden in diesem Jahr die amerikanische Chinapolitik bestimmen: 1. der Wahlkampf, 2. der dem Kongress vorliegende Gesetzesvorschlag zu China (Pelosi-bill) und 3. die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel, welche auf den 4. Juni hin fällig ist. Alle drei Elemente hängen natürlich zusammen. Die Pelosi-Bill macht die Verlängerung der MFN von einer Reihe von Bedingungen abhängig. Dies sind 1. die

3

Freilassung der geschätzten rund 1000 Häftlinge, welche nach den Tienanmen-Massakern verhaftet wurden, 2. die Beendigung der Lieferung von Missilen nach Syrien und Iran und 3. das Vorzeigen von Fortschritten im Menschenrechts-, Non-Proliferations- und Handelsbereich. Die Vorlage wurde vom Repräsentantenhaus mit einem Stimmenverhältnis von 409 zu 21 angenommen. Nächste Woche ist mit der Zustimmung des Senats zu rechnen. Soll dann der Präsident die Pelosi-Bill unterzeichnen? Im Gegensatz zu einem ersten Entwurf im letzten Jahr, der eine unrealistische Liste von Bedingungen zur Verlängerung der MFN-Klausel enthielt, welche kaum zu erfüllen waren, und der schliesslich am Veto des Präsidenten scheiterte, präsentiert sich der neue Entwurf als wesentlich realistischer. P. ist der Ansicht, die Chinesen könnten die Bedingung erfüllen, wenn ihnen der Handelsbilanzüberschuss von rund 15 Milliarden Dollars gegenüber den USA etwas wert ist. Noch hätte er seine Empfehlung über ein Veto nicht abgeben müssen. Er machte aber ganz klar, dass er dies kaum tun, sondern die Unterzeichnung befürworten werde, mit dem Risiko, ebenfalls auf die Verlängerung der MFN-Klausel zu verzichten. Die jüngsten Verhandlungen mit China im Bereich des geistigen Eigentums und der Patente hätte gezeigt, dass die Chinesen nur unter Druck zu Zugeständnissen bereit sind. Die Frist, die im Rahmen von Section 301 der Handelsgesetzgebung von 1988 festgelegt wurde, lief am 16. Januar um 17.00h ab und hätte zu Retorsionsmassnahmen (Verdoppelung der Zölle für Importe in der Höhe von 1.5 Milliarden Dollars) der USA geführt. Wie P. schilderte, stimmten die Chinesen den amerikanischen Vorschlägen um 16.59h zu. Er scheint nun auf eine analoge Reaktion bei der Verlängerung der MFN-Klausel zu rechnen, wo die Interessen ja auch nicht einseitig bei den USA liegen. Er ist sogar bereit, Probleme in Chinas Süden in Kauf zu nehmen, welcher durch eine Nichtverlängerung am direktesten getroffen würde. Damit werde sich höchstens der Druck auf Beijing erhöhen.

5. Das kürzliche Erscheinen von Deng Hsiao Ping im chinesischen Fernsehen wird von P. in Zusammenhang mit Li Pengs Auslandsreise gestellt. Er interpretiert dies als ein Zeichen, dass Deng klarstellen wollte, wer der Chef ist. Li habe höchstens die Funktion eines Botschafters. Trotzdem ist er nicht ganz sicher, ob die weit verbreitete Sicht, dass Li lediglich eine Marionette des Klubs der Achtzigjährigen sei, immer noch voll stimme. Immerhin hätte nun Li schon drei Jahre Zeit gehabt, seine Position zu konsolidieren. Zudem sei jedes Zeichen der Schwäche in der Führung für das Volk sofort Anlass, nach mehr politischer Freiheit zu verlangen, wie die Zeit vor Tienanmen gezeigt habe. Daran hätten auch die wirtschaftlichen Verbesserungen im Alltag der Chinesen in den letzten Jahren nichts geändert. Sollte die politische Lage ausser Kontrolle geraten, sieht P. zwei hauptsächliche Szenarien. Im ersten Falle würde die Armee die Macht übernehmen und eine gewisse Ordnung würde weiterbestehen. Im zweiten Fall käme es zu internen Auseinandersetzungen mit einem Sieg der dynamischen südlichen Küstenprovinzen. Im zweiten Falle fürchtet jedoch P. eine Zunahme des chinesischen Nationalismus, welcher für China eine wichtigere Rolle in der Weltarena verlangen würde. Gegenwärtig sei es jedoch sehr schwierig, die weitere Entwicklung abzuschätzen, da es keine organisierte

4

politische Opposition gebe. Nachdem Jelzin in Moskau während des Umsturzversuches im August des letzten Jahres vom russischen Klerus bedingungslos unterstützt wurde, hätte die chinesische Führung systematisch alle Priester verhaften lassen, welche als einzige im Lande einer organisierten, nicht der Regierung und der Partei verpflichteten Bewegung angehören.

6. Der amerikanische Präsident wird seine Chinapolitik sicher nicht auf den Kopf stellen, sondern ohne Illusionen im Dialog bleiben wollen. China als Land ist zu wichtig, als dass es marginalisiert werden kann. So dankte Präsident Bush Ministerpräsident Li Peng für seine konstruktive Rolle im Golfkonflikt, bei der Untersuchung des Absturzes der Panam 103 und bei der Hilfestellung, die sein Land bei der Aufklärung der ungenügend informierten und fehlgeführten Nordkoreaner leistete. Es würde aber nicht erstaunen, wenn er die oben skizzierten voraussichtlichen Ratschläge von P. befolgen und die Daumenschrauben etwas anziehen würde. Er nähme damit, meinte P., den Demokraten in diesem Punkte den Wind aus den Segeln und würde bei der kommenden MFN-Diskussion den Chinesen den schwarzen Peter zuschieben.

Der Schweizerische Botschafter  
i.A.



Christian Blickenstorfer